

Bankensanierungs- und -abwicklungsgesetz (BaSAG)

herausgegeben von

**Prof. (FH) Dr. Armin Kammel,
LL.M., MBA**

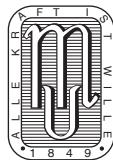
Lauder Business School, KPMG Austria,
Wien

MMag. Melitta Schütz

Bundesministerium für Finanzen, Wien

Titelei

(1. Ausgabe)



Wien 2022

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung

Zitievorschlag:

Bearbeiter in Herausgeber, BaSAG § . . . Rz . . .
Ahari in Kammel/Schütz, BaSAG § 28a Rz 2

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Sämtliche Angaben in diesem Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr; eine Haftung der Herausgeberin, des Herausgebers, der Autorinnen und Autoren sowie des Verlages ist ausgeschlossen.

ISBN 978-3-214-18175-8

© 2022 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH, Wien

Telefon: (01) 531 61-0

E-Mail: verlag@manz.at

www.manz.at

Druck: Prime Rate Kft., Budapest

Vorwort

Die globale Finanzkrise (GFC) der Jahre 2007/8 führte zu einer Zeitenwende in der Finanzmarktregulierung: Neben einem massiven quantitativen Anstieg der Regularien als Antwort auf die GFC gelang es auch, komplett neue Rechtsbereiche umzusetzen, die zur Stabilität des Finanzmarkts beitragen sollen. Einer dieser Rechtsbereiche, der vor allem aufgrund der Vermeidung zukünftiger Bankenrettungen mittels Steuergelds realisiert wurde, ist die Bankenabwicklung und -sanierung. Mit dem österreichischen Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz/BaSAG) wurde 2014 ein auf internationalen und europäischen Vorgaben beruhendes Sanierungs-, Frühinterventions- und Abwicklungsregime für Banken geschaffen.

Der vorliegende BaSAG-Kommentar beleuchtet dieses neue Rechtsgebiet umfassend, wobei vor allem auf die Sanierungs- und Abwicklungsplanung, Frühinterventionsmaßnahmen, die Abwicklungsfähigkeit, Abwicklungsstrategien, zur Verfügung stehende behördliche Instrumente, als auch Vorgaben zu MREL sowie Verfahrens- und Sanktionsaspekte beleuchtet werden.

Als Herausgeber war es von Beginn an unser Ziel, mit diesem Werk eine praktische Hilfestellung für dieses neue Rechtsgebiet zu liefern, das nur deshalb realisiert werden konnte, weil die mitwirkenden Autorinnen und Autoren diesen neuen Rechtsrahmen oft erstmalig als Wirtschafts- oder Behördenvertreterinnen und -vertreter angewandt haben oder laufend an dessen Weiterentwicklung beteiligt sind.

Zum Inhalt der Kommentierungen ist zu betonen, dass sämtliche Kommentierungen die Rechtsansichten und Auffassungen der betreffenden, jeweils in der Kopfzeile genannten Autorinnen und Autoren darstellen. Deren Ausführungen stellen eine persönliche wissenschaftliche Rechtsmeinung, aber keine offiziellen Rechtsansichten der Institutionen oder Unternehmen, in denen diese Autorinnen und Autoren tätig sind, dar.

Der vorliegende BaSAG-Kommentar startet mit einer umfangeichen Grundlieferung, die die §§ 1, 2, 4–18, 27–57, 70–74, 78–86, 87–94, 100–122, 124–130, 147, 148, 152–159 und 160–168 umfasst. Die restlichen Paragraphen sollen in einer Folgelieferung das Werk komplettieren, wobei zudem auch zeitnah Änderungen bzw Novellen berücksichtigt werden, um das Werk immer am neuesten Stand zu halten.

Die Herausgeber danken dem Verlag MANZ für die wie immer vertrauensvolle Zusammenarbeit; Herrn Mag. *Christian Giendl* als verantwortlicher Koordinator und insbesondere Frau MMag. *Astrid Trawöger* als umsichtige und gewissenhafte Lektorin.

Wien, im Juli 2022

*Armin J. Kammel
Melitta Schütz*

9783214181765
BaSAG - Bankensanierungs- und -abwicklungsgesetz
Armin Kammel, Melitta Schütz
MANZ Verlag Wien

Jetzt bestellen

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Armin Ahari, LL.M., BSc, Oesterreichische Nationalbank

Mag. Georg Blazek, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, Partner Audit Financial Services bei KPMG Austria

Mag. Andrea Brunner, Leiterin Kreditrisikomanagement, HYPO Oberösterreich

Mag. David Choma, FMA

Dr. Bernhard Egger, Geschäftsführer-Stv. der WKÖ-Bundessparte Bank und Versicherung

Mag. Maximilian Flesch, Finanzdienstleistungs-Attaché, Ständige Vertretung Österreichs bei der EU, Brüssel, BMF

Mag. Matthias Gruber, BMF

Dr. Denise Harsdorf-Enderndorf, FMA

Dr. Stephan Heckenthaler, LL.M. (NYU), Partner bei Binder Grösswang Rechtsanwälte GmbH

Dr. Ben-Benedict Hruby, LL.M., BMF

Dr. Friedrich Jergitsch, Partner bei Freshfields Bruckhaus Deringer

Prof. (FH) Dr. **Armin Kammel**, LL.M. (London), MBA (CLU), Professor für Bankrecht und Finanzmarktregulierung an der Lauder Business School (LBS) in Wien; Ehrenprofessor an der Donau-Universität Krems; allgemein beeideter und gerichtlich zertifizierter Sachverständiger für Bank- und Börsewesen, Senior Manager Financial Services Advisory bei KPMG Austria

Dr. Christoph Klampfl, LL.M., FMA

Dr. Peter Knobl, Partner Financial Services Regulation bei CERHA HEMPEL Rechtsanwälte GmbH, Wien

DDr. H. René Laurer, em. Rechtsanwalt und Universitätsprofessor

Mag. Victoria Pagowski, Geschäftsleiterin, Raiffeisenbank Region Waldviertel Mitte

Mag. Sigrid Part, BMF

Tatjana Payr, BBA, Lauder Business School und Associate Financial Services Advisory bei KPMG Austria

Prof. Dr. Nicolas Raschauer, HSSH Schaffhausen, Schweiz

Univ.-Prof. DDr. **Thomas Ratka**, LL.M., Universitätsprofessor für Unternehmens- und Europarecht und Leiter des Departments für Rechtswissenschaften und Internationale Beziehungen, Donau-Universität Krems

Dr. Tim Schabert, Partner, Financial Services Advisory bei KPMG Austria

Mag. Eva Schneider, MSc BSc, Rechtsanwältin bei Freshfields Bruckhaus Deringer

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Priv.-Doz. Dr. **Alfred Schramm**, Internationale Angelegenheiten und Europäische Integration, FMA

MMag. **Melitta Schütz**, BMF

Dr. **Oliver Schütz**, Leiter Bankenabwicklung, FMA

Priv.-Doz. MMag. Dr. **Thomas Stern**, MBA, Abteilungsleiter Abwicklung in der FMA Liechtenstein und Privatdozent an der Universität Liechtenstein

Ing. Dr. **Christoph Urbanek**, Rechtsanwalt und Partner bei Schindler Attorneys

Dr. **Karin Zartl**, LL.M. (EUI), FMA

Paragraphenübersicht

1. Teil Allgemeine Bestimmungen

- § 1. Gegenstand und Anwendungsbereich
- § 2. Begriffsbestimmungen
- § 3. Die Abwicklungsbehörde und das zuständige Ministerium
- § 3a. Zusammenarbeit im Einheitlichen Abwicklungsmechanismus

2. Teil Vorbereitung

1. Hauptstück

Sanierungs- und Abwicklungsplanung

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

- § 4. Festlegung der Planinhalte
- § 4a. Meldungen
- § 5. Widerruf vereinfachter Anforderungen
- § 6. Erleichterungen für Mitglieder von Kreditinstitute-Verbünden und institutsbezogenen Sicherungssystemen
- § 7. Verpflichtende Planerstellung der Mitglieder von Kreditinstitute-Verbünden und institutsbezogenen Sicherungssystemen

2. Abschnitt

Sanierungsplanung

- § 8. Sanierungsplan
- § 9. Inhalt des Sanierungsplans
- § 10. Indikatoren des Sanierungsplans
- § 11. Aktualisierung des Sanierungsplans
- § 12. Bewertung des Sanierungsplans
- § 13. Verbesserung des Sanierungsplans
- § 14. Verfahren zur Beseitigung eines Mangels oder potenziellen Hindernisses
- § 15. Gruppensanierungsplan
- § 16. Inhalt des Gruppensanierungsplans
- § 17. Bewertung des Gruppensanierungsplans im Wege einer gemeinsamen Entscheidung, wenn die FMA konsolidierende Aufsichtsbehörde ist
- § 18. Bewertung des Gruppensanierungsplans im Wege einer gemeinsamen Entscheidung, wenn die FMA nicht konsolidierende Aufsichtsbehörde ist

**3. Abschnitt
Abwicklungsplanung**

- § 19. Abwicklungsplan
- § 20. Inhalt des Abwicklungsplans
- § 21. Mitwirkung bei der Erstellung von Abwicklungsplänen
- § 22. Gruppenabwicklungsplan
- § 23. Inhalt des Gruppenabwicklungsplans
- § 24. Verfahren bei der Erstellung von Gruppenabwicklungsplänen
- § 25. Verfahren für Gruppenabwicklungspläne, wenn die Abwicklungsbehörde die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist
- § 26. Verfahren für Gruppenabwicklungspläne, wenn die Abwicklungsbehörde nicht die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist

**2. Hauptstück
Abwicklungsfähigkeit**

- § 27. Bewertung der Abwicklungsfähigkeit von Instituten
- § 28. Bewertung der Abwicklungsfähigkeit von Gruppen,
- § 28a. Ausschüttungsbeschränkungen
- § 29. Befugnisse zum Abbau und zur Beseitigung von Hindernissen für die Abwicklungsfähigkeit
- § 30. Abbau oder Beseitigung von Abwicklungshindernissen bei Gruppen
- § 31. Abbau oder Beseitigung von Abwicklungshindernissen bei Abwicklungseinheiten und Tochterunternehmen

**3. Hauptstück
Gruppeninterne finanzielle Unterstützung**

- § 32. Vereinbarung über gruppeninterne finanzielle Unterstützung
- § 33. Zulässigkeit und Inhalt einer Vereinbarung über gruppeninterne finanzielle Unterstützung
- § 34. Prüfungsverfahren betreffend die vorgeschlagene Vereinbarung über gruppeninterne finanzielle Unterstützung, wenn die FMA konsolidierende Aufsichtsbehörde ist
- § 35. Prüfungsverfahren betreffend die vorgeschlagene Vereinbarung über gruppeninterne finanzielle Unterstützung, wenn die FMA nicht konsolidierende Aufsichtsbehörde ist
- § 36. Zustimmung der Anteilseigner zur geplanten Vereinbarung
- § 37. Weiterleitung an die Abwicklungsbehörden
- § 38. Voraussetzungen für die Gewährung gruppeninterner finanzieller Unterstützung
- § 39. Beschluss über die Gewährung einer finanziellen Unterstützung
- § 40. Anzeige der beabsichtigten Gewährung gruppeninterner finanzieller Unterstützung
- § 41. Entscheidung der Aufsichtsbehörde über die Gewährung gruppeninterner finanzieller Unterstützung durch ein Unternehmen mit Sitz im Österreich

- § 42. Mitwirkung der FMA bei der Entscheidung über die Gewährung gruppeninterner finanzieller Unterstützung durch ein Unternehmen mit Sitz in einem anderen Mitgliedstaat
- § 43. Offenlegungspflichten

**3. Teil
Frühzeitiges Eingreifen**

- § 44. Frühinterventionsmaßnahmen
- § 45. Abberufung von Mitgliedern der Geschäftsleitung, des Aufsichtsrates und des höheren Managements
- § 46. Vorläufiger Verwalter
- § 47. Koordinierung der Frühinterventionsbefugnisse und Bestellung eines vorläufigen Verwalters bei Gruppen
- § 47a. Befugnis zur Aussetzung von Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen

**4. Teil
Abwicklung**

**1. Hauptstück
Ziele, Voraussetzungen und allgemeine Grundsätze**

- § 48. Abwicklungsziele
- § 49. Voraussetzungen für eine Abwicklung
- § 50. Anordnung von Abwicklungsmaßnahmen
- § 51. Ausfall eines Instituts
- § 52. Abwicklungsvoraussetzungen in Bezug auf CRR-Finanzinstitute und Holdinggesellschaften
- § 53. Allgemeine Grundsätze für eine Abwicklung

**2. Hauptstück
Bewertung**

- § 54. Allgemeine Bestimmungen
- § 55. Bewertungskriterien und Unterlagen
- § 56. Zweck der Bewertung
- § 57. Vorläufige und abschließende Bewertung

**3. Hauptstück
Abwicklungsbefugnisse**

- § 58. Allgemeine Befugnisse
- § 59. Unterbrechung eines gerichtlichen Verfahrens in Zivilsachen und Aussetzung einer Entscheidung eines Zivilgerichts
- § 60. Parteiwechsel
- § 61. Bereitstellung von Diensten und Einrichtungen

Paragraphenübersicht

- § 62. Befugnisse in Bezug auf in Drittländern belegene Vermögenswerte, Rechte, Verbindlichkeiten, Anteile oder andere Eigentumstitel
- § 63. Ausschluss bestimmter vertraglicher Bedingungen bei frühzeitigem Eingreifen und bei der Abwicklung
- § 64. Befugnis zur Aussetzung von Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen
- § 65. Befugnis zur Beschränkung von Sicherungsrechten
- § 66. Befugnis zur vorübergehenden Aussetzung von Kündigungsrechten
- § 66a. Vertragliche Anerkennung von Befugnissen zur Aussetzung bei der Abwicklung in Drittländern
- § 67. Steuerungsübernahme
- § 67a. Steuerungsmaßnahmen
- § 68. Abwicklungsverwalter
- § 69. Umwandlung in eine Aktiengesellschaft

4. Hauptstück Instrument der Beteiligung von Inhabern relevanter Kapitalinstrumente

- § 70. Verpflichtung zur Herabschreibung und Umwandlung relevanter Kapitalinstrumente und berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten
- § 71. Voraussetzungen für die Beteiligung von Inhabern relevanter Kapitalinstrumente
- § 72. Feststellung der Voraussetzungen für die Anwendung des Instruments der Herab- schreibung und Umwandlung von relevanten Kapitalinstrumenten bei Gruppen
- § 73. Verpflichtung zur Herabschreibung und Umwandlung relevanter Kapitalinstrumente und berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten

5. Hauptstück Abwicklungsinstrumente

1. Abschnitt Allgemeines

- § 74. Allgemeine Grundsätze

2. Abschnitt Instrument der Unternehmensveräußerung

- § 75. Anwendung des Instruments der Unternehmensveräußerung
- § 76. Sonstige Rechtswirkungen des Instruments der Unternehmensveräußerung
- § 77. Verfahrensvorschriften für das Instrument der Unternehmensveräußerung

3. Abschnitt Instrument des Brückeinstituts

- § 78. Anwendung des Instruments des Brückeinstituts
- § 79. Das Brückeinstitut

(X)

Kammel/Schütz (Hrsg), BaSAG, Titelsei

- § 80. Betrieb des Brückeinstituts
- § 81. Sonstige Bestimmungen für das Brückeinstitut

4. Abschnitt
Instrument der Ausgliederung von Vermögenswerten

- § 82. Anwendung des Instruments der Ausgliederung von Vermögenswerten
- § 83. Die Abbaueinheit
- § 84. Betrieb der Abbaueinheit

5. Abschnitt
Instrument der Gläubigerbeteiligung

- § 85. Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung
- § 86. Anwendungsbereich des Instruments der Gläubigerbeteiligung
- § 86a. Veräußerung nachrangiger berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten an Privatkunden
- § 87. Ausgleichsbeiträge des Abwicklungfinanzierungsmechanismus
- § 88. Bewertung des Betrags der Gläubigerbeteiligung
- § 89. Behandlung der Anteilseigner
- § 90. Abfolge der Herabschreibung und Umwandlung (Verlusttragungskaskade)
- § 91. Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung auf Verbindlichkeiten aus Derivaten
- § 92. Umwandlungsquote
- § 93. Erstellung, Genehmigung und Umsetzung eines Reorganisationsplans
- § 94. Anforderungen an den Reorganisationsplan

6. Abschnitt
Weitere Bestimmungen

- § 95. Wirksamwerden
- § 96. Widerruf der Zulassung zum Handel
- § 97. Zulassung zum Handel von neu ausgegebenen Wertpapieren
- § 97a. Anerkennung von Krisenpräventions- und Krisenmanagementmaßnahmen anderer Mitgliedstaaten
- § 98. Vertragliche Anerkennung in Drittländern
- § 99. Anwendung von Stabilisierungsmaßnahmen

7. Abschnitt
**Mindestbetrag an Eigenmitteln und
berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten**

- § 100. Anwendung und Berechnung des Mindestbetrags an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten
- § 101. Berücksichtigung von Verbindlichkeiten bei Abwicklungseinheiten

Paragraphenübersicht

- § 102. Festlegung des Mindestbetrags an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten
- § 103. Mindestbetrag an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten für Abwicklungseinheiten von Global Systemrelevanten Instituten und bedeutenden EU-Tochterunternehmen von Global Systemrelevanten Instituten aus Drittstaaten
- § 104. Mindestbetrag an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten bei Abwicklungseinheiten
- § 105. Mindestbetrag an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten bei Unternehmen, die selbst keine Abwicklungseinheiten sind
- § 105 a. Ausnahmen für Kreditinstituts-Verbünde
- § 105 b. Verfahren zur Bestimmung des Mindestbetrages an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten
- § 105 c. Meldung und Offenlegung des Mindestbetrages an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten
- § 105 d. Verstöße gegen den Mindestbetrag an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten

6. Hauptstück **Schutzbestimmungen**

- § 106. Behandlung der Anteilseigner und Gläubiger bei partiellen Übertragungen und Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung
- § 107. Bewertung unterschiedlicher Behandlung
- § 108. Schutzbestimmungen für Anteilseigner und Gläubiger
- § 109. Schutzbestimmungen für Gegenparteien bei partiellen Vermögensübertragungen
- § 110. Schutz von Vereinbarungen über Finanzsicherheiten, Aufrechnungs- und Saldierungsvereinbarungen
- § 111. Schutz von Sicherungsvereinbarungen
- § 112. Schutz strukturierter Abwicklungsfinanzierungsmechanismen und gedeckter Schuldverschreibungen
- § 113. Partielle Übertragungen: Schutz von Handels-, Clearing- und Abwicklungssystemen

7. Hauptstück **Verfahren**

- § 113 a. Auskunfts- und Informationseinholtungsbefugnisse sowie Vor-Ort-Prüfungen
- § 114. Mitteilungspflichten
- § 115. Entscheidungsvorbereitung der Abwicklungsbehörde
- § 116. Verfahren vor der Abwicklungsbehörde
- § 116 a. Vereinfachtes Verfahren bei Kenntnis des betroffenen Personenkreises
- § 117. Unanwendbarkeit gesellschaftsrechtlicher Vorschriften
- § 118. Rechtsmittelverfahren
- § 119. Beschränkungen von Insolvenzverfahren und sonstigen Verfahren
- § 119 a. Einschränkung der Rechtskraft von Bescheiden der Abwicklungsbehörde

8. Hauptstück Geheimhaltung und Informationsaustausch

- § 120. Geheimhaltung
- § 121. Zulässiger Informationsaustausch
- § 122. Austausch von vertraulichen Informationen mit Drittlandsbehörden

5. Teil Abwicklungsfinanzierungsmechanismus und Einheitlicher Abwicklungsfonds

- § 123. Einrichtung eines Abwicklungsfinanzierungsmechanismus
- § 123a. Nationaler Beitrag zum Einheitlichen Abwicklungsfonds
- § 123b. Ausübung der Befugnisse aus dem Übereinkommen
- § 123c. Brückenfinanzierung
- § 123d. Beitragsgebarung und -verwaltung
- § 124. Nutzung des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus
- § 125. Zielausstattung des Abwicklungsfinanzierungsmechanismus
- § 126. Beiträge zum Abwicklungsfinanzierungsmechanismus
- § 127. Außerordentliche nachträglich eingehobene Beiträge
- § 128. Alternative Finanzierungsmöglichkeiten
- § 129. Kreditaufnahme unter Abwicklungsfinanzierungsmechanismen
- § 130. Gegenseitige Unterstützung der nationalen Abwicklungsfinanzierungsmechanismen bei Gruppenabwicklung
- § 131. Rang in der Insolvenzrangfolge
- § 132. Inanspruchnahme von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen einer Abwicklung

6. Teil Grenzüberschreitende Gruppenabwicklung

1. Abschnitt Grenzüberschreitende Entscheidungsfindung und Information; Abwicklungskollegien

- § 133. Allgemeine Grundsätze für die Entscheidung unter Beteiligung von mehr als einem Mitgliedstaat
- § 134. Abwicklungskollegien
- § 135. Mitglieder des Abwicklungskollegiums
- § 136. Organisation des Abwicklungskollegiums
- § 137. Europäische Abwicklungskollegien
- § 138. Informationsaustausch zwischen Behörden

2. Abschnitt
Gruppenabwicklung im Zusammenhang
mit einem Tochterunternehmen der Gruppe

- § 139. Übermittlung von Informationen über die Abwicklungsvoraussetzungen
- § 140. Vorgehen, wenn die Abwicklungsbehörde nicht die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist
- § 141. Vorgehen, wenn die Abwicklungsbehörde die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist
- § 142. Gruppenabwicklungskonzept
- § 143. Unverzügliche Durchführung der Maßnahmen

3. Abschnitt
Gruppenabwicklung im Zusammenhang
mit einem EU-Mutterunternehmen

- § 144. Vorgehen, wenn die Abwicklungsbehörde nicht die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist
- § 145. Vorgehen, wenn die Abwicklungsbehörde die für die Gruppenabwicklung zuständige Behörde ist
- § 146. Unverzügliche Durchführung der Maßnahmen

7. Teil
Beziehungen zu Drittländern

- § 147. Abkommen mit Drittländern
- § 148. Zusammenarbeit mit Drittlandsbehörden
- § 149. Anerkennung und Durchsetzung der Abwicklungsverfahren von Drittländern
- § 150. Verweigerung der Anerkennung oder Durchsetzung der Abwicklungsverfahren von Drittländern
- § 151. Abwicklung von EU-Zweigstellen

8. Teil
Strafbestimmungen und sonstige Maßnahmen

- § 152. Strafbestimmungen
- § 153. Strafbestimmungen betreffend juristische Personen
- § 154. Verlängerung der Verjährungsfrist und Vollstreckung von Bescheiden [*Anm: aufgehoben durch Art. 37 Z 24, BGBl. I Nr. 107/2017*]
- § 155. Veröffentlichung von Gesetzesverstößen und Geldstrafen
- § 156. Meldungen an die EBA
- § 157. Sonstige Maßnahmen
- § 158. Wirksame Ahndung von Gesetzesverstößen
- § 158a. Empfehlungen des Ausschusses
- § 158b. Vollstreckung von Geldbußen und Zwangsgeldern des Ausschusses
- § 159. Verwendung von eingenommenen Geldstrafen

9. Teil
Kosten, Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 160. Kostenbestimmung
- § 161. Übergangsbestimmungen
- § 162. Abbaugesellschaft
- § 163. Sprachliche Gleichbehandlung
- § 164. Verweise
- § 165. Gebühren und Abgaben
- § 166. Vollziehung
- § 167. Inkrafttreten
- § 168. Umsetzungshinweis

- Anlage zu § 9 Informationen, die im Sanierungsplan enthalten sein müssen [Anm.: Kommentierung bei § 9]
- Anlage zu § 21 Informationen, die die Abwicklungsbehörde für die Erstellung und Fortschreibung von Abwicklungsplänen bei den Instituten anfordern kann [Anm.: Kommentierung bei § 21]
- Anlage zu § 27 Aspekte, die die Abwicklungsbehörde bei der Bewertung der Abwicklungsfähigkeit eines Instituts mit einzubeziehen hat [Anm.: Kommentierung bei § 27]
- Anlage zu § 28a: Berechnung des maximal ausschüttungsfähigen Betrags in Bezug auf den Mindestbetrag an Eigenmitteln und berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten [Anm.: Kommentierung bei § 28a]

9783214181765
BaSAG - Bankensanierungs- und -abwicklungsgesetz
Armin Kammel, Melitta Schütz
MANZ Verlag Wien

Jetzt bestellen

Abkürzungsverzeichnis

3L3	= Drei-Level-Drei
aA	= anderer Ansicht
aaO	= am angegebenen Ort
AB	= Ausschussbericht
ABB	= Allgemeine Bedingungen für Bankgeschäfte
ABGB	= Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch JGS 946
abl	= ablehnend
ABI	= Amtsblatt der Europäischen Union
ABlzWrZ	= Amtsblatt zur Wiener Zeitung
ABS	= Asset Backed Securities
Abs	= Absatz
Abschn	= Abschnitt
abw	= Abweichend
ADV	= Automationsunterstützte Datenverarbeitung
aE	= am Ende
AEUV	= Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, ABI C 2008/115, 47
aF	= alte Fassung
AFRAC	= Austrian Financial Reporting and Auditing Committee
AG	= Aktiengesellschaft
AGB	= Allgemeine Geschäftsbedingungen
AHG	= Amtshaftungsgesetz BGBl 1949/20
AIF	= Alternative Investmentfonds
AIRB	= Advanced Internal Ratings Based Approach (Fortgeschrittener IRB-Ansatz)
AktG	= Aktiengesetz 1965 BGBl 1965/98 (Legalabkürzung: BGBl I 2009/71)
ALA	= Alternative Liquidity Approaches
Alt	= Alternative
aM	= anderer Meinung
AMA	= Advanced Measurement Approach (Fortgeschrittener Messansatz) bzw Assessment of Advanced Measurement
AMAO	= Advanced Method for Additional Outflows
AML	= Anti Money Laundering
Anh	= Anhang
Anl	= Anlage
Anm	= Anmerkung
AnwBl	= Österreichisches Anwaltsblatt
ao	= außerordentlich, -e, -er, -es
AÖF	= Amtsblatt der österreichischen Finanzverwaltung
AQR	= Asset Quality Review
AR	= Aufsichtsrat, Aufsichtsräte
Arb	= Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
ArbVG	= Arbeitsverfassungsgesetz BGBl 1974/22

Abkürzungsverzeichnis

arg	= Argumento
Art	= Artikel
ASF	= Available Stable Funding-Faktor
ASoK	= Arbeits- und Sozialrechtskartei
AT1	= Additional Tier 1
Aufl	= Auflage
ausf	= ausführlich
AV	= Aktenvermerk
AVA	= Additional Valuation Adjustment
AVG	= Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 BGBl 1991/51
BaFIN	= (dt) Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BaSAG	= Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz) BGBl I 2014/98
BaSaPV	= Bankensanierungsplanverordnung BGBl II 2015/25
BAWAG	= Bank für Arbeit und Wirtschaft AG
BB	= Der Betriebsberater (dt Zeitschrift)
BCBS	= Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision)
Bd	= Band
bearb	= bearbeitet (von)
bes	= besonders
betr	= betreffend, betrifft
BFH	= (dt) Bundesfinanzhof
BG	= Bundesgesetz bzw Bezirksgericht
BGB	= (dt) Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	= Bundesgesetzblatt
BGH	= (dt) Bundesgerichtshof
BHG 2013	= Bundeshaushaltsgesetz 2013 BGBl I 2009/139
BIRG	= Bankeninterventions- und Restrukturierungsgesetz BGBl I 2013/160, aufgehoben durch BGBl I 2014/98
BIS	= Bank for International Settlements
BIZ	= Bank für Internationale Zahlungsausgleich
BKA	= Bundeskanzleramt
Blg	= Beilage(n)
BlgNR	= Beilage zu den stenographischen Protokollen des Nationalrats
BMEA	= Bundesminister(ium) für Europa, Integration und Äußeres
BMF	= Bundesminister(ium) für Finanzen
BMI	= Bundesminister(ium) für Inneres
BMJ	= Bundesminister(ium) für Justiz
BörseG 2018	= Börsengesetz 2018 BGBl I 2017/107
BoS	= Board of Supervisors
BPräs	= Bundespräsident
BReg	= Bundesregierung
BRRD I	= Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. 5. 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen

	(EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl L 2014/173, 190; Bank Recovery and Resolution Directive
BRD II	= Richtlinie (EU) 2019/879 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. 5. 2019 zur Änderung der Richtlinie 2014/59/EU in Bezug auf die Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungskapazität von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und der Richtlinie 98/26/EG, ABl L 2019/150, 296; Bank Recovery and Resolution Directive II
BS	= Bonitätsstufe
bspw	= beispielsweise
BVB	= Bezirksverwaltungsbehörde
BVG	= Bundesverfassungsgesetz
B-VG	= Bundesverfassungsgesetz BGBl 1930/1
BVwG	= Bundesverwaltungsgericht
BWG	= Bankwesengesetz BGBl 1993/532
bzgl	= bezüglich
bzw	= beziehungsweise
ca	= circa
CBSG	= Gruppen für die länderübergreifende Finanzmarktstabilität (Cross-Border Stability Groups)
CCP	= Zentrale Gegenparteien (Central Counter Parties)
CEBS	= Komitee der Europäischen Bankaufsichtsbehörden (Committee of European Banking Supervisors; Level 3-Komitee)
CET1	= Core Equity Tier 1
CfA	= Call for Advice
CG	= Corporate Governance
CGK	= Corporate Governance Kodex
CHF	= Schweizer Franken
CLN	= Credit Linked Note
CLO	= Collateralized Loan Obligation
CMG	= Krisenmanagementgruppen (Crisis Management Groups)
COM	= Europäische Kommission (European Commission)
CoCo-Bonds	= Contingent Convertible Bonds
COREP	= Common European Solvency Reporting
CP	= Konsultationspapier (Consultation Paper)
CRD	= Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. 6. 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG, ABl L 2013/176, 338
CRD II	= Richtlinie 2009/111/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG, 2006/49/EG und 2007/64/EG hinsichtlich Zentralorganisationen zugeordneter Banken, bestimmter Eigenmittelbestandteile, Großkredite, Aufsichtsregelungen und Krisenmanagement, ABl L 2009/302, 97
CRD III	= Richtlinie 2010/76/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 zur Änderung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG im Hinblick auf die Eigenkapitalanforderungen für

Abkürzungsverzeichnis

	Handelsbuch und Wiederverbriefungen und im Hinblick auf die aufsichtliche Überprüfung der Vergütungspolitik, ABl L 2010/329, 3
CRD IV	= Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. 2. 2014 über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, ABl L 2014/60, 34
CRD V	= Richtlinie (EU) 2019/878 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. 5. 2019 zur Änderung der Richtlinie 2013/36/EU im Hinblick auf von der Anwendung ausgenommene Unternehmen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen, ABl L 2019/150, 253
CRM	= Kreditrisikominderung (Credit Risk Mitigation)
CRR	= Verordnung (EU) 2013/575 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. 6. 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2012/648, ABl L 176 vom 27. 6. 2013, 1 idF des Corrigendum, ABl L 2013/321, 6; Capital Requirement Regulation bzw CRR I
CRR I	= siehe CRR
CRR II	= Verordnung (EU) 2019/876 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. 5. 2019 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 in Bezug auf die Verschuldungsquote, die strukturelle Liquiditätsquote, Anforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten, das Gegenparteiausfallrisiko, das Marktrisiko, Risikopositionen gegenüber zentralen Gegenparteien, Risikopositionen gegenüber Organismen für gemeinsame Anlagen, Großkredite, Melde- und Offenlegungspflichten und der Verordnung (EU) Nr. 648/2012, ABl L 2019/150, 1
CRR-E	= CRR-Entwurf
CRR-FI	= europäische(s) Finanzinstitut(e)
CRR-KI	= europäische(s) Kreditinstitut(e)
CVA	= Credit Valuation Adjustment
d	= deutsch, -e, -er, -es
Def	= Definition
delVO	= delegierte Verordnung
DepG	= Depotgesetz BGBL 1969/162
ders	= derselbe
dh	= das heißt
di	= das ist
dies	= dieselbe
ds	= das sind
dSAG	= siehe auch SAG, dt Sanierungs- und Abwicklungsgesetz
DSB	= Datenschutzbehörde
DSG (2000)	= Datenschutzgesetz 2000 BGBL I 1999/165
DSGVO	= Datenschutzgrundverordnung, VO (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. 4. 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG, ABl L 2016/199, 1

(XX)

Kammel/Schütz (Hrsg), BaSAG, Titelsei

DSK	= Datenschutzkommission
dt	= deutsch, -e, -er, -es
DVO	= Durchführungsverordnung
dVO LCR	= Delegierte Verordnung (EU) 2015/61 der Kommission vom 10. 10. 2014 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die Liquiditätsdeckungsanforderung an Kreditinstitute, ABl L 2015/11, 1
EAD	= Exposure-at-Default
EBA	= Europäische Bankaufsichtsbehörde (European Banking Authority)
EBA-BTS	= Binding Technical Standard der EBA (Durchführungsstandard der EBA)
EBA-V(O)	= Verordnung (EU) 1093/2010 des europäischen Parlaments und des Rates vom 24. 11. 2010 zur Errichtung einer Europäischen Aufsichtsbehörde (Europäische Bankenaufsichtsbehörde), zur Änderung des Beschlusses Nr. 716/2009/EG und zur Aufhebung des Beschlusses 2009/78/EG der Kommission, ABl L 331, 15. 12. 2010, 12 idF Verordnung (EU) 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010, ABl L 2014/225, 1
ECB	= European Central Bank (Europäische Zentralbank – EZB)
ECIIA	= European Confederation of Institutes of Internal Auditing
ECOFIN	= Rat der Finanz- und Wirtschaftsminister
ecolex	= Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht
EFSF	= Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (European Financial Stability Facility)
EG	= Europäische Gemeinschaft
EGMR	= Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGT	= Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
EGVG	= Einführungsgesetz zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen 1991
Einl	= Einleitung
einschl	= einschließlich
EIOPA	= Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (European Insurance and Occupational Pensions Authority)
EK	= Europäische Kommission
EK-V(O)	= EK-Verordnung
EMIR	= Verordnung (EU) 648/2012 des europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über OTC-Derivate, zentrale Gegenparteien und Transaktionsregister, ABl L 2012/201, 1; European Market Infrastructure Regulation
EMRK	= Europäische Menschenrechtskonvention BGBI 1958/210
Entw	= Entwurf
EO	= Exekutionsordnung RGBI 1896/79 (Legalabkürzung: BGBI I 2005/68)
EP	= Europäisches Parlament
EPE	= erwarteter positiver Wiederbeschaffungswert (Expected Positive Exposure)

Abkürzungsverzeichnis

Erk	= Erkenntnis
Erl	= Erläuterungen
ErläutRV	= Erläuterungen zur Regierungsvorlage
ErlRV	= siehe ErläutRV
ErwGr	= Erwägungsgrund
ESA	= Europäische Aufsichtsbehörden (European Supervisory Authorities), ds EBA, ESMA und EIOPA
ESAEG	= Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz – ESAEG BGBl I 2015/117 idgF
ESFS	= Europäische Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervision)
ESM	= Europäischer Stabilitätsmechanismus (European Stability Mechanism)
ESMA	= Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority)
ESRB	= Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board)
ESS	= Einlagensicherungssystem
ESAEG	= Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. 4. 2014 über Einlagensicherungssysteme, ABl L 2014/173, 149 idF des ABl L 2014/309, 37
ESZB	= Europäisches System der Zentralbanken
et al	= et alii/et aliae (und andere)
etc	= et cetera
ETD	= Exchange-traded Derivative
EU	= Europäische Union
EuG	= Europäisches Gericht erster Instanz
EuGH	= Europäischer Gerichtshof
EUR	= Euro
EU-SRM	= Einheitliche Bankenabwicklungsmechanismus der EU (Single-Resolution-Mechanism)
EUV	= Vertrag über die Europäische Union, ABl C 1992/191, 1
ev	= eventuell
EvBl	= Evidenzblatt der Rechtsmittelentscheidungen in Österreichische Juristen-Zeitung
EVÜ	= Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht BGBl III 1998/208
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	= Europäischer Wirtschaftsraum
EWR-V	= EWR-Vertrag BGBl 1993/909
EZB	= Europäische Zentralbank
f, ff	= und der/die folgende/n
FAQ	= Frequently Asked Questions (Interpretationsfragen, die von der EBA beantwortet werden)
FAS	= Financial Accounting Standards
FASB	= Financial Accounting Standards Board
FATF	= Financial Action Task Force
FBG	= Firmenbuchgesetz BGBl 1991/10
FH	= Finanz-Holdinggesellschaft

FI	= Finanzinstitut(e)
Finanzkonglomerat- te-RL	= Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. 12. 2002 über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG, 79/267/EWG, 92/49/EWG, 92/96/EWG, 93/6/EWG und 93/22/EWG des Rates und der Richtlinien 98/78/EG und 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, ABl L 035 vom 11. 2. 2003, 1 idF Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. 6. 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG, ABl L 2013/176, 338
FINREP	= Common European Financial Reporting
FinStaG	= Finanzmarktstabilitätsgesetz BGBl I 2008/136
FinStrG	= Finanzstrafgesetz BGBl 1958/129
FKG	= Finanzkonglomerategesetz BGBl I 2004/70
FMA	= Finanzmarktaufsichtsbehörde
FMABG	= Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz BGBl I 2001/97
FMA-FriVerV 2020	= Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Verlängerung von Fristen im Jahr 2020 – FMA-Fristenverlängerungsverordnung 2020 (FMA-FriVerV 2020) und zur Änderung der FMA-Kostenverordnung 2016 (FMA-KVO 2016) BGBl II 2020/181
FMA-GebV	= Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde über die Gebühren der Finanzmarktaufsicht (FMA-Gebührenverordnung) BGBl II 2004/230
FMA-IPV	= Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die elektronische Einbringung (FMA-Incoming-Plattformverordnung) BGBl II 2010/184
FM-GwG	= Finanzmarkt-Geldwäschegesetz – FM-GwG BGBl I 2016/118
FMSG	= Finanzmarktstabilitätsgremium
FN	= Fußnote
FOLTF	= Failing or likely to fail
FS	= Festschrift
FSB	= Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board)
FW	= Forderungswert (Exposure Value)
G	= Gesetz(e)
G&V	= Gewinn und Verlust
GedS	= Gedächtnisschrift
gem	= gemäß
Gen	= Genossenschaft
GenG	= Genossenschaftsgesetz RGBl 1873/70
GFB	= Gewichteter Forderungsbetrag
GFC	= Global Financial Crisis
GG	= Gesetzgeber
ggf	= gegebenenfalls
GL	= Geschäftsleitung, Geschäftsführer, -in oder Guideline(s)
GmbH	= Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	= GmbH-Gesetz RGBl 1906/58
GO	= Geschäftsordnung

Abkürzungsverzeichnis

GP	= Gesetzgebungsperiode
GRC	= Charta der Grundrechte der Europäischen Union vom 18. 12. 2000, ABl C 2000/354, 1
grds	= grundsätzlich
G-SIIs	= Global Systemically Important Institutions
G-SRI	= Globale Systemrelevante Institute
GuV	= Gewinn- und Verlustrechnung
hA	= herrschende Auffassung
HA	= Hauptausschuss
HB	= Handbuch
HGB	= Handelsgesetzbuch (seit BGBl I 2005/120: UGB)
hL	= herrschende Lehre
HLBA	= Historical Look Back Approach
HLEG	= High-level Expert Group
hM	= herrschende Meinung
HQLA	= hochliquide Aktiva (High Quality Liquid Assets)
Hrsg, hrsg	= Herausgeber, herausgegeben von
HS	= Halbsatz oder Handelsrechtliche Entscheidungen
HV	= Hauptversammlung
IAS	= International Accounting Standard(s)
IASB	= International Accounting Standards Board
IASC	= International Accounting Standards Committee
IAS-VO	= Verordnung (EG) 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. 7. 2002 betreffend die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards, ABl L 2002/243, 1
ICAAP	= Beurteilung der Angemessenheit des Internen Kapitals (Internal Capital Adequacy Assessment Process)
idF	= in der Fassung
idgF	= in der geltenden Fassung
idR	= in der Regel
idZ	= in diesem Zusammenhang
ieS	= im engeren Sinn
IFRIC	= International Financial Reporting Interpretations Committee
IFRS	= International Financial Reporting Standard(s)
iHv	= in Höhe von
IIA	= Institute of Internal Auditors
IKS	= internes Kontrollsyste
ILAAP	= Beurteilung der Angemessenheit der Internen Liquidität (Internal Liquidity Adequacy Assessment Process)
IMF	= siehe IWF
insb	= insbesondere
Inst	= Institut, -e, -en
int	= international, -e, -er, -es
InvFG 2011	= Investmentfondsgesetz 2011 BGBl I 2011/77
IO	= Insolvenzordnung RGBl 1914/337 (Legalabkürzung und Kurztitel: BGBl I 2010/29)
IPS	= institutsbezogenes Sicherungssystem (Institutional Protection Scheme)
IR	= Interne Revision

IRB	= Internal Ratings Based
IRB-A	= auf internen Ratings basierender Ansatz (Internal Ratings Based Approach)
IRZ	= Zeitschrift für internationale Rechnungslegung
iS	= im Sinne
ISA	= International Standards on Auditing
ISACA	= Information Systems Audit and Control Association
iSd	= im Sinne des/der
ISDA	= International Swaps and Derivatives Association
ISS	= Institutsspezifisches Sicherungssystem
iSv	= im Sinne von
IT	= Informationstechnologie (Information Technology)
ITS	= Technischer Durchführungsstandard (Implementing Technical Standard)
ITS Reporting	= Implementing Technical Standard Reporting
iVm	= in Verbindung mit
IWF	= Internationaler Währungsfonds (International Monetary Fund)
IWP	= Institut Österreichischer Wirtschaftsprüfer
iwS	= im weiteren Sinne
iZm	= im Zusammenhang mit
JBl	= Juristische Blätter
JGS	= Justizgesetzsammlung, Gesetze und Verordnungen im Justizfach (1780–1848)
JN	= Jurisdiktionsnorm RGBl 1895/111
JRAD-SREP	= Joint Risk Assessment – Supervisory Review Evaluation Process
JST	= Gemeinsame Aufsichtsteams von EZB und NCAs (Joint Supervisory Teams)
Jud	= Judikatur
JUS	= Jus-Extra, Beilage zur Wiener Zeitung
KAG	= Kapitalanlagegesellschaft
Kdm	= Kundmachung
KG	= Kommanditgesellschaft
KI	= Kreditinstitut(e)
KID-V	= Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über das Kundeninformationsdokument BGBl II 2011/265 idgF
KMG 2019	= Kapitalmarktgesetz 2019 BGBl I 2019/62
KMR	= Kapitalmarktrecht
KMU	= kleine(s) und mittlere(s) Unternehmen
KO	= Konkursordnung RGBl 1914/337 idF IRÄG 1982 BGBl 370 Art II (seit BGBl I 2010/29: IO)
Konzernbilanz-RL	= Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates Text von Bedeutung für den EWR, ABI L 2013/182, 19
krit	= kritisch

Abkürzungsverzeichnis

KSA	= Kreditstandardansatz
KSTA	= Kreditrisiko-Standardansatz
KStG	= Körperschaftsteuergesetz 1988 BGBl 1988/401
KWG	= dt Kreditwesengesetz
L	= Lehre
LCR	= Liquidity Coverage Ratio
leg cit	= legis citatae
Lfg	= Lieferung
LGBL	= Landesgesetzbuch
LGD	= Verlustquote bei Ausfall (loss given default)
lit	= litera
Lit	= Literatur
LSI(s)	= Less Significant Institute(s)
lt	= laut
LTV	= loan to value
M	= Laufzeit (Maturity)
Mapping-VO	= CRR-Mappingverordnung BGBl II 2013/382
max	= maximal
mE	= meines Erachtens
MEF	= Mindesteigenmittelforderung
MEZ	= mitteleuropäische Zeit
MiFID	= Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Märkte für Finanzinstrumente, zur Änderung der Richtlinien 85/611/EWG und 93/6/EWG des Rates und der Richtlinie 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinie 93/22/EWG des Rates, ABl L 2004/145, 1; Markets in Financial Instruments Directive
MiFID II	= Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. 5. 2014 über Märkte für Finanzinstrumente sowie zur Änderung der Richtlinien 2002/92/EG und 2011/61/EU, ABl L 2014/173, 1
mind	= mindestens
Mio	= Million(en)
MoU	= Memoranda of Understanding
Mrd	= Milliarde(n)
MREL	= Minimum Requirements of Own Funds and eligible Liabilities
MS	= Mitgliedstaat
MTF	= Multilaterales Handelssystem (Multilateral Trading Facility)
Mündelsicherheitsverordnung	= Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung des Bankwesengesetzes BGBl 1993/650
mwN	= mit weiteren Nachweisen
NBG	= Nationalbankgesetz 1984 BGBl 1984/50
NCA	= National zuständige Behörde für die laufende Aufsicht (National Competent Authority); in Österreich die FMA
NCWO-Prinzip	= No-Creditor-Worse-Of-Prinzip
nF	= neue Fassung
NIFs	= Note Issuance Facilities
Nov	= Novelle
Nr	= Nummer

NR	= Nationalrat
NRA	= National zuständige Behörde für die Abwicklung von Banken (National Resolution Authority); in Österreich die FMA
NSFR	= Net Stable Funding Ratio
NZB	= Nationale Zentralbank
oa	= oben angeführte/n
öä	= oder ähnliche
ÖBA	= Österreichisches Bankarchiv
ÖCGK	= Österreichischer Corporate Governance Kodex
OCI	= Other Comprehensive Income
OECD	= Organization for Economic Co-Operation and Development
OeKB	= Österreichische Kontrollbank
OeNB	= Österreichische Nationalbank
OG	= Offene Gesellschaft
OGAW	= Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren
OGAW-RL	= Richtlinie 2009/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. 7. 2009 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW), ABl L 2009/302, 32
OGH	= Oberster Gerichtshof
ÖJT	= Österreichischer Juristentag
ÖJZ	= Österreichische Juristenzeitung
OLG	= Oberlandesgericht
O-SIIs	= Other Systemically Important Institutions
ÖSpZ	= Österreichische Sparkassenzeitung
O-SRI	= anderweitig systemrelevante Institute
österr	= österreichisch, -e, -er, -es
OT1	= Other Tier 1
OTC	= Over the Counter
ÖVAG	= Österreichische Volksbanken-AG
ÖZW	= Österreichische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
P/L	= Profit(s)/Loss(es)
PD	= Ausfallswahrscheinlichkeit (probability default)
PEPs	= Politisch Exponierte Personen
Pkt	= Punkt
PS	= Prüfungsstandard
PSG	= Privatstiftungsgesetz BGBl 1993/694
PSK	= Postsparkasse
RA	= Rechtsanwalt
RAO	= Rechtsanwaltsordnung RGBl 1868/96
RdW	= Recht der Wirtschaft
REC	= Recommendations
RGBl	= Reichsgesetzblatt
RL	= Richtlinie
RLG	= Rechnungslegung
Rs	= Rechtssache
RSF	= Required Stable Funding-Faktor
Rsp	= Rechtsprechung

Abkürzungsverzeichnis

RTS	= Technischer Regulierungsstandard (Regulatory Technical Standard)
RV	= Regierungsvorlage
RWA	= risikogewichtete Aktiva (risk weighted assets)
RW-VG	= Referenzwerte-Vollzugsgesetz BGBl I 2017/93
Rz	= Randzahl
RZ	= Österreichische Richterzeitung
S	= Satz, Seite
s	= siehe
sa	= siehe auch
SAG	= siehe auch dSAG, dt Sanierungs- und Abwicklungsgesetz
SI(s)	= Significant Institute(s)
so	= siehe oben
sog	= sogenannt, -e, -er, -es
SPEs	= Special Purpose Entities
Spk	= Sparkasse(n)
SPOC	= Single Point of Contact
SPV	= Special Purpose Vehicle
SRB	= Einheitliche Europäische Abwicklungsbehörde (Board oder Single Resolution Board)
SREP	= Aufsichtlicher Überprüfungs- und Bewertungsprozess (Supervisory Review and Evaluation Process)
SRI	= Systemrelevantes Institut
SRM	= Einheitlicher Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism)
SRMR	= siehe SRM-V(O)
SRM-V(O)	= Verordnung (EU) 806/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. 7. 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds sowie zur Änderung der Verordnung (EU) 1093/2010, ABI 2014/225, 1; Single Resolution Mechanism Regulation
SRMV-Anpassungsgesetz	= Änderung des Sanierungs- und Abwicklungsgesetzes, des Bankwesengesetzes, des Finanzmarktaufsichtsbehördengesetzes, des Einlagenabsicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes, des Nationalbankgesetzes 1984 und des Versicherungsaufsichtsgesetzes 2016 BGBl I 2015/159
SREP	= Supervisory Review Evaluation Process
SSM	= Einheitlicher Europäischer Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism)
SSM-Rahmen-V(O)	= Verordnung 468/2014 der Europäischen Zentralbank vom 16. 4. 2014 zur Errichtung eines Rahmenwerks für die Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Zentralbank und den nationalen zuständigen Behörden und den nationalen benannten Behörden innerhalb des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (EZB/2014/17) (SSM-Rahmenverordnung), ABI L 2014/141, 1
SSM-V(O)	= Verordnung (EU) 2013/1024 des Rates vom 15. 10. 2013 zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank, ABI L 2013/287, 63

StGB	= Strafgesetzbuch BGBl 1974/60
str	= strittig
stRsp	= ständige Rechtsprechung
STS	= Safe Transparent Standardized
sublit	= sublitera
SV	= Sachverhalt oder Sachverständige
SZ	= Entscheidungen des österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivil- (und Justizverwaltungs-)sachen
T1	= Tier 1
T2	= Tier 2
taxlex	= Zeitschrift für Steuer und Beratung
TransV 2018	= Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über Inhalte von Zwischenberichten, Meldungen über Änderungen bedeutender Beteiligungen und die Gleichwertigkeit von vorgeschriebenen Informationen aus Drittländern (Transparenz-Verordnung 2018) BGBl II 2017/392
tw	= teilweise
u	= und
ua	= unter anderem, und andere
Unterabs	= Unterabsatz
uÄ	= und Ähnliche/s
uam	= und andere, -s mehr
UCITS	= Undertakings for Collective Investment in Transferable Securities; siehe auch OGAW
UCITS-IV	= siehe OGAW-RL
udgl	= und dergleichen
uE	= unseres Erachtens
UGB	= Unternehmensgesetzbuch dRGBl. S 219/1897 (bis BGBl I 2005/120: HGB)
UK	= Vereinigtes Königreich (United Kingdom)
UN	= Vereinte Nationen (United Nations)
Unterabs	= siehe UA
UStG	= Umsatzsteuergesetz 1994 BGBl 1994/663
uU	= unter Umständen
uva	= und viele andere
UVS	= Unabhängige(r) Verwaltungssenat(e) BGBl 1995/855
v	= von, vom
V	= Verordnung
va	= vor allem
VAG	= Versicherungsaufsichtsgesetz BGBl 1978/569
VbVG	= Verbandsverantwortlichkeitsgesetz BGBl 2005/151
VERA-V	= Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) zum Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis (Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweis-Verordnung) BGBl II 2006/471
Verh	= Verhandlung
verstSen	= verstärkter Senat
VeröffentlichungsV	= Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über den Inhalt und die Form der Veröffentlichungen im Zusammenhang mit dem Rückerwerb und/oder der Veräußerung eigener Aktien sowie
2018	

Abkürzungsverzeichnis

	= der Einräumung von Aktienoptionen (Veröffentlichungsverordnung 2018) BGBl II 2018/13
VfGG	= Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 BGBl 1953/85 (Legalabkürzung: BGBl I 2001/136)
VfGH	= Verfassungsgerichtshof
VfSlg	= Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes
vgl	= vergleiche
vH	= von Hundert
VKrG	= Verbraucherkreditgesetz BGBl I 2010/28
VO	= Verordnung
Vorbem	= Vorbemerkung(en)
VO-UA	= Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse (Anlage 1 des Bundesgesetzes vom 4. Juli 1975 über die Geschäftsordnung des Nationalrates [Geschäftsordnungsgesetz 1975] BGBl 1975/410)
VStG	= Verwaltungsstrafgesetz 1991 BGBl 1991/52
VVG	= Verwaltungsvollstreckungsgesetz 1991 BGBl 1991/53
VWG	= Verwaltungsgesellschaft
VwG	= Verwaltungsgericht
VwGG	= Verwaltungsgesichtshofgesetz 1985 BGBl 1985/10
VwGH	= Verwaltungsgesichtshof
VwGVG	= Verwaltungsgesichtsverfahrensgesetz BGBl I 2013/33
WAG	= Wertpapieraufsichtsgesetz BGBl 1996/753
WAG 2007	= Wertpapieraufsichtsgesetz 2007 BGBl 2007/60
WAG 2018	= Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 BGBl I 2017/107
wbl	= Wirtschaftsrechtliche Blätter, Beilage zu Juristische Blätter
WP	= Wertpapier, -e oder Wirtschaftsprüfer
WPDLU	= Wertpapierdienstleistungsunternehmen
WPF	= Wertpapierfirma
WTBG	= Wirtschaftstreuhandberufsgesetz BGBl I 2013/121
WV	= Wiederverlautbarung
Z	= Ziffer, Zahl
ZaDiG 2018	= Zahlungsdienstgesetz 2018 BGBl I 2018/17
zB	= zum Beispiel
ZBB	= siehe ZBB/JBB
ZBB/JBB	= (dt) Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft/Journal of Banking Law and Banking
ZFR	= Zeitschrift für Finanzmarktrecht
ZI	= Zahlungsinstitut oder Zentralinstitut
zit	= zitiert
ZO	= Zentralorganisation
ZP	= Zusatzprotokoll
ZPO	= Zivilprozessordnung RGBl 1895/113
zT	= zum Teil
zust	= zustimmend
ZustG	= Zustellgesetz BGBl 1982/200

(XXX)

Kammel/Schütz (Hrsg), BaSAG, Titelsei

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band IX: Kreditsicherheiten – Teil II (2011)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band IV: Kreditgeschäft² (2012)
- Apathy/Iro/Koziol* (Hrsg), Österreichisches Bankvertragsrecht. Band VIII: Kreditsicherheiten – Teil I (2012)
- Avancini/Iro/Koziol*, Österreichisches Bankvertragsrecht I (1987)
- Boos/Fischer/Schulte-Mattler* (Hrsg), KWG, CRR-VO. Kommentar zu Kreditwesengesetz, VO (EU) Nr. 575/2013 (CRR) und Ausführungsvorschriften⁵ (2016)
- Brandl/Saria* (Hrsg), Wertpapieraufsichtsgesetz 2018 – Kommentar² (ab 2018)
- Chini/Oppitz*, BWG. Kommentar (2011)
- Chini/Oppitz*, BWG/CRR – Kommentar II² (2018)
- Dellinger* (Hrsg), Bankwesengesetz. Kommentar (ab 2007)
- Dellinger/Blume* (Hrsg), CRR-Kommentar (ab 2018)
- Diwok/Göth*, Bankwesengesetz (2005)
- FMA/OeNB*, Handbuch zur Bankenaufsicht in Österreich (2008)
- Hartmann-Wendels/Pfingsten/Weber*, Bankbetriebslehre⁷ (2019)
- Jahn/Schmitt/Geier*, Handbuch Bankensanierung und -abwicklung (2016)
- Kammel*, Einführung in das Bank- und Kapitalmarktrecht² (2019)
- Laurer/M. Schütz/Kammel/Ratka* (Hrsg), BWG⁴ (ab 2017)
- Luz/Neus/Schaber/Schneider/Wagner/Weber* (Hrsg), KWG und CRR. Kommentar zu KWG, CRR, SolvV, WuSolvV, GroMiKV, LiqV und weiteren aufsichtsrechtlichen Vorschriften³ (2015), Ergänzungsband (2019)
- Pannen* (Hrsg), Sanierung – Abwicklung – Insolvenz bei Kreditinstituten⁴ (2020)
- Reisenhofer/Galostian Fard/Habliczek*, Sanierung und Abwicklung von Banken – BaSAG² (2019)

9783214181765
BaSAG - Bankensanierungs- und -abwicklungsgesetz
Armin Kammel, Melitta Schütz
MANZ Verlag Wien

Jetzt bestellen